

KÄRNTEN  INTERN

Grün-Politikerin als Direktorin, Rochaden in FP

Abgeordnete Zalka Kuchling führt Slowenisches Gymnasium./ Haider-Familie wirbt für Scheider./ FPÖ verplant bereits Stadtrat-Sitze und Landesschulratsvizepräsident.



FP-Vize könnte hier nach dem 1. März getauscht werden



Zalka Kuchling, Grüne, wurde Direktorin KK, EGGI



Elisabeth Dieringer-Granza, FPÖ KLZ/WEICHELBRUNN



G. Reinisch, FPÖ, bald Vizepräsident? TRAUSSNIG

Das Slowenische Gymnasium in Klagenfurt hat eine neue Direktorin. Der Landesschulrat hat die bisherige Direktor-Stellvertreterin **Zalka Kuchling** mit der Leitung der 23-klassigen Schule mit 570 Schülern betraut. Die Völkermarkterin, die für die Grünen im Landtag sitzt und stellvertretende Obfrau der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen ist, folgt auf **Michael Urbinc**, der ab sofort als Landesinspektor für die zweisprachigen höheren Schulen fungiert. Der bisherige Inspektor **Theo Domej** ist in Pension gegangen. Die Kärntner Slowenin Kuchling unterrichtet seit 1990 am Slowenischen Gymnasium. Sie hat angekündigt, ihre politische Arbeit so einzuschränken, dass sie ihre neue Funktion mit voller Kraft ausüben kann.

Bürgermeister-Wahlkampf mit dem Namen Haider kann **Christian Scheider**, FPÖ, in Klagenfurt machen. Aufgrund der „jahrelangen, engen Verbundenheit“ würden **Claudia Haider** und Tochter Ulrike ihn im Personenkomitee unterstützen, freut sich Scheider via Facebook. **Ulrike Haider-Quercia** war im Vorjahr politisch kurz präsent, allerdings für das BZÖ, für das sie Spitzenkandidatin für die EU-Wahl war. Schon nach wenigen Wochen hat sie aber das Handtuch geworfen. Kontakte zum BZÖ hielt stets auch Claudia Haider.

FPÖ-Chef **Christian Ragger** blickt indes schon auf die Zeit nach der Wahl. Sollte man in Villach auch nach der Wahl – wie bisher – zwei Stadtsenatsmitglieder stellen, würde Landesschul-

ratsvizepräsidentin **Elisabeth Dieringer-Granza** auf diesen Posten wechseln. Für ihr bisheriges Amt wäre **Gerhard Reinisch**, derzeit Stadtrat in Klagenfurt, vorgesehen. Der ausgebildete Sonderlehrer, der 22 Jahre unterrichtet hat, kann sich das durchaus vorstellen, „ebenso wie Stadtrat in Klagenfurt zu bleiben“. Im FPÖ-Landtagsklub steht schon kommende Woche eine Rochade an. **Hannes Anton** scheidet berufsbedingt als Mandatar aus, an seine Stelle rückt **Roland Zellot**. Der Klub bleibt so ein Männerbund. Für die nächste Wahl will Ragger eine Frauenquote von 25 Prozent.

Klare Positionen erwartet sich der Katholische Familienverband Kärnten im Vorfeld der Gemeinderatswahlen von Politikern. Zuletzt wurden alle Gemeinde- und Bezirksparteiobleute angeschrieben und um ihre Meinung gefragt: Ob sie dafür oder dagegen sind, dass die Kinderbetreuung innerhalb der Familie und die Betreuung in einer Institution finanziell gleichbehandelt werden. Die Antworten will der Verband mit Vorsitzendem **Andreas Henckel-Donnersmarck**, Geschäftsführerin **Gudrun Kattinig** und **Theo Hippel** vom Österreichischen Familien Netzwerk im Feber auf der Homepage veröffentlichen. Ganztagesplätze in der Kinderbetreuung würden die öffentliche Hand 850 Euro kosten, heißt es.

ROBERT BENEDIKT, ANDREA BERGMANN, THOMAS CIK

Ermittlung gegen Franz Ragger sind eingestellt

MARIA RAIN. Mehrere Monate ist gegen Maria Rains Bürgermeister Franz Ragger (SPÖ) wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs im Zusammenhang mit einer Widmung ermittelt worden. Nun hat die Staatsanwaltschaft Klagenfurt die Ermittlungen eingestellt. „Alle Vorwürfe gegen meinen Mandanten haben sich als haltlos herausgestellt“, sagt Gunter Huainigg, Ragers Anwalt. Ermittelt wurde nach einer Anzeige von Gemeinderat Egon Rubin (Grüne).

Grüne rechnen Fehler bei Kalkentsorgung vor

„Unterlagen falsch interpretiert“, kontert Wietersdorfer auf Kritik von Michael Johann.

KLAGENFURT. Wie kann man eine bestimmte Menge verunreinigten Kalks, für deren korrekte Entsorgung man zehn, zwölf Jahre brauchen würde, in sieben Jahren verwerten? Dieser Frage ging Michael Johann, Landtagsabgeordneter der Grünen und Mitglied des HCB-U-Ausschusses, nach.

Sein Ergebnis: Wietersdorfer hätte fast doppelt so viel entsorgen müssen, als erlaubt, um die Sieben-Jahres-Frist einhalten zu können – pro Stunde 4,5 Tonnen

Kalk. „Wietersdorfer hätte das Angebot so nie legen dürfen, da die technischen Voraussetzungen für eine Einbringung solcher Mengen an Kalkschlamm ohne CKW-Emissionen nicht gegeben waren“, sagt Johann.

„Dass eine Einbringungsmenge von 4,5 Tonnen pro Betriebsstunde nicht möglich wäre, ist nicht richtig“, kontert Wietersdorfer. Johann interpretiere Unterlagen falsch. „Die technischen Voraussetzungen im Werk erlau-

ben die Einbringung einer höheren Menge. Das von w&p Zement gelegte Angebot ist umsetzbar.“

Laut Studie von 2008, auf die sich Johann auch bezieht, war die schlussendlich gewählte Entsorgungsvariante (Verwertung in der Zementindustrie) mit 36,3 Millionen Euro fast doppelt so teuer wie die Sicherung der Deponie. Man habe sich aber für Variante 1 entschieden, weil man eine umweltfreundliche Lösung wollte.

JOCHEN HABICH